
Newsletter 1/2007 · 15.1.2007

Wir kommunizieren Innovation



||||| Inhalt:

1. Gastbeitrag: „Stand des Prozessmanagements in öffentlichen Verwaltungen in Deutschland“
2. Neues aus der Kommunalverwaltung
3. Neues vom Bund und den Bundesländern
4. Neues aus der Europäischen Union und anderen Nationen
5. Veranstaltungen
6. Veröffentlichungen
7. Ausblick Newsletter 02/2007

Newsletter 1/2007 · 15.1.2007



Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchten wir Ihnen allen ein gutes neues Jahr wünschen!

Im aktuellen Newsletter präsentieren wir Ihnen in der Rubrik „Gastbeitrag“ den Beitrag

„Stand des Prozessmanagements in öffentlichen Verwaltungen in Deutschland“ von

Professorin Margrit Falck (Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, Berlin).

*Wir danken der Autorin für ihren Textbeitrag und wünschen Ihnen – liebe Leserinnen und Leser –
eine anregende Lektüre!*

Bei Fragen oder Anregungen zu den Gastbeiträgen senden Sie uns bitte einfach eine E-Mail an

infobuero@d-nrw.de. Gerne vermitteln wir den Kontakt zu den jeweiligen Autoren.

Ihr Team vom Informationsbüro d-NRW

I. Gastbeitrag

Stand des Prozessmanagements in öffentlichen Verwaltungen in Deutschland

Prof. Dr. Margrit Falck, FHVR (Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, Berlin)

Hintergrund der hier vorgenommenen Betrachtung sind Erfahrungen mit der Einführung des Geschäftsprozessmanagements in der Verwaltung des Landes Berlin¹, die wissenschaftliche Begleitung verschiedener Projekte der Prozessanalyse und -optimierung in der öffentlichen Verwaltung sowie der Aufbau eines bundesweiten Portals zum Thema Geschäftsprozessmanagement in Bund, Ländern und Gemeinden mit dem Schwerpunkt einer Prozessbibliothek² in die Prozessmodelle von Behörden für Behörden eingestellt werden. Die Ziele, die mit dem Portal verfolgt werden, reichen von:

- „Hilfe zur Selbsthilfe“, d.h. Angebote für Wissenstransfer, Kommunikation und Kooperation,
- Praxis dokumentieren und verfügbare Ressourcen des E-Government sichtbar machen,
- Gestaltung und Kooperation auf der Fachebene unterstützen,
- die Anwendung prozessorientierter Technologien befördern bis hin zur
- Vernetzung mit europäischen Netzwerken im Kontext des E-Government.

Vor diesem Hintergrund lassen sich folgende Tendenzen und Fehlstellen erkennen:

Häufigster Anlass für die Anwendung der Prozessanalyse ist es, *Transparenz* über die organisatorischen Abläufe zu schaffen. Primäres Ziel ist dabei die Transparenz nach innen, für die eigenen Mitarbeiter; weniger die nach außen, für die „Kunden“ der Verwaltung (z.B. im Sinne von tracking und tracing). In solchen Fällen steht die Modellierung der IST-Situation im Vordergrund. Verbesserungen werden noch wenig systematisch oder strategisch begründet und eher in kleinen Veränderungsschritten vollzogen. Ein häufiges Problem ist, dass die mit der Transparenz entstehende Verbindlichkeit sowohl bei Mitarbeitern als auch bei Führungskräften nicht immer erwünscht zu sein scheint.


Zunehmend wird Geschäftsprozessmanagement zur *Qualitätssicherung (QS)* genutzt. Dabei werden verschiedene Wege beschritten:

- QS durch Zertifizierung nach DIN EN ISO 9000ff,
- QS im Sinne eines prozessorientierten Wissensmanagements, bei dem Wissen in Form von Daten und Dokumenten schrittgerecht im Prozess bereitgestellt wird und so zur Professionalisierung der Bearbeitung beiträgt und
- QS durch Mitarbeiterqualifizierung auf der Grundlage einheitlich definierter Prozesse und ihrer Dokumentation.

Die Nutzung der Prozessanalyse als Basis für die *Gestaltung von E-Governmentlösungen* wurde vor allem durch die Initiative BundOnline 2005 und das CCVBPO³ befördert. In vielen Projekten des Bundes wurden die IST-Prozesse erhoben und SOLL-Konzepte auf der Fachebene entwickelt, um daraus Anforderungen an die Beschaffung von IT-Systemen abzuleiten. Das betrifft die Einführung der elektronischen Vorgangsbearbeitung und des Dokumentenmanagements unter Einbeziehung von Basiskomponenten, wie Formularmanagement, Virtuelle Poststelle oder ePayment. Dazu gehört auch die systematische Analyse zur Erstellung eines IT-Sicherheitskonzepts.

Der Weg, die Analyse der Ablauforganisation als Ausgangspunkt für den Umbau der Aufbauorganisation zu nutzen, wird noch sehr zögerlich beschritten. Gemeint ist der *Neuzuschnitt von Prozessen*, um Kooperationen mit anderen Behörden im Sinne von Shared Services oder Produktionsnetzwerken zu ermöglichen. Dazu gehört auch die Entwicklung und Nutzung von Webservices als Möglichkeit der





Flexibilisierung von Fachverfahren sowie des Workflowmanagement. Als Hindernisse auf diesem Weg erweisen sich vor allem das stark verhaftete Ressortdenken und das Verständnis der dezentralen Fach- und Ressourcenverantwortung. Die dezentrale Wahrnehmung der Ressourcenverantwortung steht nicht im Widerspruch zu einer zentralen Organisation der Ressourcenverwaltung!

Die Schaffung zentraler Serviceeinheiten, die untereinander in Wettbewerb treten können, setzt definierte Geschäftsprozesse (im Sinne des Leistungskatalogs) mit Kennzahlen (im Sinne der Servicegüte) und einem laufenden Qualitätsmanagement voraus. *Die Arbeit mit Kennzahlen* unterbleibt jedoch in der Praxis noch häufig. Zum einen ist es anspruchsvoll, die notwendigen Zahlen mit den derzeit verfügbaren Instrumentarien der Kosten- und Leistungsrechnung zu erarbeiten. Zum anderen ist den Beschäftigten der Nutzen von Kennzahlen für ihre tägliche Arbeit noch nicht ausreichend deutlich. Die Folge sind Ängste vor Leistungskontrolle – der Kennzahleneinsatz wird blockiert.

Die häufig propagierte Beschränkung der Prozessoptimierung auf besonders „potenzialträchtige“ Kernprozesse begrenzt lt. einer Untersuchung der Universität Münster⁴ die Ausschöpfung der Gestaltungs- und Optimierungspotenziale. Erst der Überblick über die gesamte Prozesslandschaft (Kern-, Unterstützungs- und Führungsprozesse) gibt eine fundierte Grundlage für Reorganisationsentscheidungen und Technikinvestitionen.⁵

Eine im Kontext des Geschäftsprozessmanagements noch unzureichend gelöste Aufgabe ist die organisatorische Verankerung der *Prozessverantwortung* im Verwaltungshandeln. Prozessmanagement ist kein Projekt, sondern eine Daueraufgabe, die alle Aufgaben umfasst, die mit dem Lebenszyklus von Geschäftsprozessen verbunden sind. Dazu gehören neben der Analyse und Modellierung, der Optimierung und Implementierung auch die Überwachung der Ausführung und die Bewertung der Prozessorganisation mit dem Ziel der kontinuierlichen Verbesserung sowie der Entwicklung innovativer Konzepte.

Geschäftsprozessmanagement ist auch als eine Methode zur kontinuierlichen Anpassung einer Organisation an veränderte Bedingungen zu verstehen. Als *Steuerung des Wandels* ist sie primär Aufgabe der fachlichen Führungsebene und erfordert die enge Zusammenarbeit mit den nachfolgenden Ebenen Organisation und Technologie. In der Praxis ist dagegen zu beobachten, dass

- die Organisation noch zu oft ausgeklammert wird bzw. sich ausklammern lässt oder
- die Technik nach der Einführungsphase ein Eigenleben ohne Rückkopplung in die organisatorische und die strategische Ebene entwickelt.

Die losgelöste (Weiter-)Entwicklung der Technik ohne Ausrichtung an den strategischen und operativen Zielen der Prozessorganisation blockiert jedoch mit der Zeit wichtige Gestaltungs- und Steuerungsspielräume!

Geschäftsprozessmanagement in der öffentlichen Verwaltung hat bislang eine fast ausschließlich interne Ausrichtung. Eine branchenübergreifende Verzahnung von Prozessen hin zu durchgehenden Wertschöpfungsketten, z.B. zwischen Wirtschaft und Verwaltung, wird bisher trotz deutlicher Effizienzpotenziale kaum realisiert. Es ist daher zu begrüßen, dass dieser Ansatz im neuen Programm der Bundesregierung „E-Government 2.0“ als ein Schwerpunkt enthalten ist.

¹ Die Chronik des Einführungsprozesses ist beschrieben und unter: <http://www.vc-gpm.de> >> Historie hinterlegt.

² „Virtual Community – Geschäftsprozessmanagement“ (<http://www.vc-gpm.de>)

³ Competence Center Vorgangsbearbeitung, Prozesse und Organisation

⁴ Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik und Informationsmanagement der Universität Münster

⁵ Ergebnis aus dem Forschungsprojekt PICTURE (www.picture-eu.org)

2. Neues aus der Kommunalverwaltung

9.1.2007

Aalener Webseite jetzt auch in Englisch

Seit neuestem informiert der kommunale Internetauftritt Aalen.de auch in englischer Sprache. So konzentrieren sich die internationalen Seiten besonders auf Informationen für Touristen, für die Wirtschaft und für Investoren. Darüber hinaus bietet sie allgemeines Wissen zur Kocherstadt, auch die Informationen für Migranten wurden auf den englischen Seiten in einer Rubrik zusammengefasst.

Quelle: Behörden Spiegel Online

Weitere Informationen:

http://www.aalen.de/sixcms/detail.php?template=d_aa_gl_startseite&_bereich=6

8.1.2007

Über das Netz zum Pass. Stadt Bottrop stellt Informationen zu Reisedokumenten online

Mit einem neuen Bürgerservice erweitert die Stadt Bottrop ihr E-Government-Angebot: Ab sofort können alle, die einen Reisepass oder einen Personalausweis beantragt haben, rund um die Uhr über das Internet abfragen, ob ihr Dokument bereits produziert worden ist und in den Bürgerbürostellen zum Abholen bereit liegt.

Quelle: MediaNRW

Weitere Informationen:

<http://www.media.nrw.de/kurznachrichten/artikel.php?id=5456>

<http://www.bottrop.de/rathaus/aktuelles/passauskunft.php>

20.12.2006

Offenburg führt erstes Fingerabdruck-Bezahlsystem an Schulen ein

Ihr Mittagessen bezahlen Schüler der Ganztagschulen im badischen Offenburg (Ortenaukreis) künftig per Fingerabdruck. Der Offenburger Gemeinderat beschloss Anfang der Woche die Einführung eines 110.000 Euro teuren biometrischen Bezahlsystems, es soll zum neuen Schuljahr 2007/08 in insgesamt acht Schulen eingeführt werden. Offenburg ist damit bundesweit die erste Gemeinde, die dieses Bezahlsystem in Schülern verwirklicht. Betroffen werden rund 5000 Schüler sein, die in den Pausen zwischen Vor- und Nachmittagsunterricht in der Schule essen wollen.

Quelle: Heise Online

Weitere Informationen:

<http://www.offenburg.de/fingerprint>

20.12.2006

Kindergärten gehen ins Netz

Schlade gilt als landesweite E-Government-Modell-Samtgemeinde – ein Projekt in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule (FH) Braunschweig/Wolfenbüttel. Neuester Baustein der Verwaltungsverbesserung: Eltern können ihre Kinder künftig über ein Internet-Portal schnell, bequem und ohne viel Papierkram für einen Kindergartenplatz anmelden. Professor Reza Asghari, Leiter des Instituts für E-Business an der FH, stellte das Portal gestern in der Samtgemeindeverwaltung vor. „Die Anmeldung ist komplett digitalisiert. Das ist einmalig in Niedersachsen“, sagte Asghari.

Quelle: Braunschweiger Zeitungsverlag

Weitere Informationen:

<http://www.newsclick.de/index.jsp/menuid/2164/artid/6216393>

<http://www.kindergarten-samtgemeinde-schlade.de/>



18.12.2006

Ruhrgebiet fördert Geokompetenz

Das GeoZentrum Ruhr geht an den Start: Zahlreiche Partner aus Wirtschaft und Wissenschaft der Städte Essen und Mülheim an der Ruhr unterzeichnen einen entsprechenden Kooperationsvertrag. Ziel ist es, die Geokompetenz in der Metropolregion Ruhr zu fördern. Das neue Zentrum soll die vorhandenen Geoinformationen vernetzen und zur Verfügung stellen. Zudem wollen die Kooperationspartner den Zugang zu kostengünstigen Geoinformationen verbessern sowie die Dateninfrastrukturen stärken.

Quelle: MediaNRW

Weitere Informationen:

<http://www.media.nrw.de/kurznachrichten/artikel.php?id=5415>

18.12.2006

Gewinner gekürt

Die Stadt Neuruppin und das Amt Neustadt (Dosse) sind Brandenburgs „eKommune 2006“. Im Rahmen des Internet-Wettbewerbs „eKommune“ des Landes Brandenburg hatten Bürger die Möglichkeit, kommunale Websites zu bewerten.

Quelle: Kommune21

Weitere Informationen:

<http://www.kommune21.de/index.php?menu=§=meldung&xid=6060n>

15.12.2006

Berlin: Kita-Online

Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Berliner Kindertagesbetreuungslandschaft führt der Eigenbetrieb Kindertagesstätten Nordwest des Landes Berlin jetzt ein webbasierendes Management- und Informationssystem für Kindertagesstätten (Kitas) ein. Das Kita-Portal bietet spezielle Anwendungen für Eltern, Träger und den Eigenbetrieb in einem Webportal. Hierzu gehören neben Stammdatenverwaltung und Anmeldeverfahren vor allem Instrumente zur Unterstützung der auslastungsorientierten Angebotssteuerung, beispielsweise Dienst- und Urlaubsplanung, Arbeitszeitmodelle etc. Ferner werden eine Vielzahl von Prozessen, z.B. die Genehmigung von Fortbildungsmaßnahmen für Erzieher/-innen, im Portal abgebildet und über dieses gesteuert. Zusätzlich sind bereits bestehende IT-Systeme wie die Finanzbuchhaltung und die Personalverwaltung in das Portal integriert.

Quelle: Behörden Spiegel Online

Weitere Informationen:

<http://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/bezirk/kitaEigenbetrieb.html>

14.12.2006

Städte neu erleben. Kreis Soest entwickelt Navigationssystem für Blinde

Der Kreis Soest hat mit „Nav4Blind“ ein Forschungsprojekt gestartet, das die Mobilität von Blinden oder stark sehbehinderten Menschen mittels satellitengestützter Navigation verbessern soll. Ziel ist es den Menschen über eine Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr die selbständige Erkundung von Städten zu ermöglichen. „Nav4Blind“ führt moderne technische Vermessungsmethoden mit genauen und homogenisierten Katasterdaten und -karten auf dem vorhandenen und noch wachsenden Satellitensystem GPS, GLONASS und Galileo zusammen.

Quelle: MediaNRW

Weitere Informationen:

<http://www.media.nrw.de/kurznachrichten/artikel.php?id=5407>

<http://www.standort-hellweg.de/index.php?id=581>

12.12.2006

Baustellen online

Mit der Online-Baustellenauskunft bei den Stadtwerken Saarbücken konnten das Baustellen-Management und die Zusammenarbeit der am Bau beteiligten Partner optimiert werden. Auch in der Kommunikation mit den Bürgern hat sich der Service bewährt. Die Stadtwerke Saarbrücken bieten ihren Kunden ein neuartiges Informationssystem im Internet an, das über aktuelle und geplante Baustellen detailliert informiert. Mit der Realisierung der Online-Baustellenauskunft sichern die Stadtwerke nicht nur ein effektives Baustellen-Management, sondern optimieren auch die Kommunikation und Zusammenarbeit mit städtischen Behörden, Telekommunikationsunternehmen und anderen am Bau beteiligten Partnern.

Quelle: Kommune21

Weitere Informationen:

<http://www.kommune21.de/index.php?menu=§=meldung&xid=6041n>
www.saarbruecker-stadtwerke.de

7.12.2006

Die Stadt Erlangen hat einen neuen Online-Dienst zur Vernetzung und Koordination ehrenamtlicher Tätigkeiten gestartet

Das Büro für aktive Bürgerinnen und Bürger und das Webbüro des E-Government-Centers der Stadt Erlangen haben die Web-Anwendung „Ehrenamt online!“ vorgestellt. Die Stadt kommt dem Wunsch der ehrenamtlichen Gruppen, Vereine und Institutionen nach, eine Internet-Plattform zu schaffen, auf der sie sich mit ihrer Arbeit präsentieren können, mit an ehrenamtlicher Arbeit Interessierten in Kontakt treten und sich untereinander besser vernetzen können, und die ihnen die Möglichkeit bietet, ihre Veranstaltungen zu publizieren.

Quelle: Kommune21

Weitere Informationen:

<http://www.kommune21.de/index.php?sect=meldung&xid=6023>
www.erlangen.de/ehrenamt

6.12.2006

Aachen: BMWi zeichnet Projekt aus

Der kommunale IT-Dienstleister regio iT aachen und das Forschungsinstitut für Rationalisierung an der RWTH Aachen, fir, wurden für ihr Projekt simoKIM (Sicheres und mobiles kommunales Infrastrukturmanagement) in einem Wettbewerb des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ausgezeichnet. Laut einer Pressemitteilung von regio iT aachen und fir werden Lösungen der regio iT aachen aus dem geografischen Informationsmanagement und der IT-Straßendatenbank weiterentwickelt, um auf der Basis sicherer und mobiler Kommunikation den Betrieb und die Unterhaltung von Straßen durch die mobile Nutzung der IT zu verbessern.

Quelle: Kommune21

Weitere Informationen:

<http://www.kommune21.de/index.php?menu=§=meldung&xid=6020n>
http://www.regioit-aachen.de/aktuelles/archiv/06_presse_051.html
www.simobit.de



6.12.2006

In Heidelberg wird ein mobiles Stadtportal als Pilotbetrieb gestartet

Als erstes Stadtportal, das per WLAN auf mobilen Endgeräten nutzbar ist, ging Heidelberg online in den Pilotbetrieb. Entwickelt wurde es vom European Media Laboratory (EML). Die Betreibergesellschaft ist Heidelberg mobil, eine Tochter der EML und des lokalen WLAN-Anbieters, MEG: „Touristen, Geschäftsleute, Studenten und Einwohner sind die Zielgruppen“, erklärte Thomas Reinhart von Heidelberg mobil. Im Testbetrieb ist die Nutzung inklusive WLAN noch kostenlos. Ab Frühjahr 2007 müssen die Benutzer bezahlen.

Quelle: Heise Online

Weitere Informationen:

<http://www.heidelberg-mobil.de/>

5.12.2006

Erlangen: Sprechende Website

Das Online-Angebot der Stadt Erlangen wurde um eine Vorlese-Software erweitert. Drei Monate lang soll getestet werden, ob sich der Service bewährt. Wie das für den neuen Service verantwortliche E-Government-Center der Stadt mitteilt, ist die dafür benutzte Software ReadSpeaker mit allen Browsern und bereits mit der Übertragungsrate eines analogen Modems nutzbar. Das Abspeichern der Beiträge als MP3-Datei ist ebenfalls möglich.

Quelle: Kommune21

Weitere Informationen:

<http://www.kommune21.de/index.php?menu=§=meldung&xid=6016n>

www.erlangen.de

(jeweils das Lautsprecherzeichen)

21.11.2006

Web-Portal für Wohnungslose in Köln

In Köln gibt es nun ein Internet-Portal für Wohnungslose. Betroffene finden dort unter anderem aktuelle Informationen zu Notunterkünften mit freien Übernachtungsmöglichkeiten, kostenfreien Mahlzeiten, medizinischer Versorgung und Kleiderkammern. Derzeit haben 15 Kölner Organisationen, die Leistungen für Wohnungslose anbieten, Informationen eingestellt. Betreiber des Portals ist der Verein Vringstreff, eine Fachberatungsstelle für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten. Er konnte das Projekt nach einer zweckgebundenen Spende des Unternehmens Cisco Systems in Angriff nehmen. Nach Firmenangaben resultiert die Spende aus dem Erfolg des Produktes Catalyst 6500. DaimlerChrysler führte das Produkt als erstes Unternehmen 1999 in Europa ein. Gemeinsam mit dem langjährigen Kunden wählte Cisco den Vringstreff als Spendenempfänger aus.

Quelle: Kommune21

Weitere Informationen:

<http://www.kommune21.de/index.php?sect=meldung&xid=5969>

<http://www.wohnungslos-in-koeln.de/>

3. Neues vom Bund und den Bundesländern

10.1.2007

Kostenloser Leitfaden für Fachanwendungen. Ratgeber hilft IT-Entscheidern bei der Software-Integration

Mit einem kostenlosen Leitfaden unterstützt die Koordinierungs- und Beratungsstelle der Bundesregierung für Informationstechnik in der Bundesverwaltung (KBSt) jetzt IT-Verantwortliche bei der Softwareintegration von E-Government-Lösungen. Der Ratgeber „Plattformunabhängigkeit von Fachanwendungen“ liefert den IT-Entscheidern anhand von praktischen Beispielen die notwendigen Informationen, um problematische Abhängigkeiten von Fachanwendungen aufzudecken und zu vermindern.

Quelle: MediaNRW

Weitere Informationen:

<http://www.media.nrw.de/kurznachrichten/artikel.php?id=5466>

http://www.kbst.bund.de/nn_836956/SharedDocs/Anlagen-

[kbst/software__Leitfaden__20Plattformunabhaengigkeit__von__Fachanwendungen.html](http://www.kbst.bund.de/nn_836956/SharedDocs/Anlagen-kbst/software__Leitfaden__20Plattformunabhaengigkeit__von__Fachanwendungen.html)

4.1.2007

Mit modernen E-Justice-Angeboten ins neue Jahr. Handelsregister und wöchentlicher Rechtsservice im Internet veröffentlicht

Nordrhein-Westfalen unterstreicht seine Spitzenstellung beim elektronischen Rechtsverkehr: Seit dem 1. Januar 2007 betreibt das Justizministerium im Auftrag aller Bundesländer ein Handelsregisterportal und das Innenministerium stellt den Bürgern eine wöchentlich aktualisierte Fassung des nordrhein-westfälischen Landesrechts im Internet zur Verfügung.

Quelle: MediaNRW

Weitere Informationen:

<http://www.media.nrw.de/initiativen/e-government.php?kurznachrichtenId=5443>

1.1.2007

Bisherige Entscheidungen der neuen Landesregierung NRW

Die Landesregierung hat für die laufende Legislaturperiode neue Schwerpunkte zur Verwaltungsmodernisierung gesetzt.

Hier finden Sie alle bisher getroffenen Entscheidungen:

<http://www.im.nrw.de/vm/6.htm#>

5.12.2006

E-Mail-Dienste als Milliardengeschäft: 75 Millionen elektronische Briefkästen in Deutschland

Der E-Mail Anbietermarkt wächst weiter überdurchschnittlich. Laut einer im Auftrag der Bundesnetzagentur durchgeführten Studie bieten zurzeit rund 3.200 deutsche Unternehmen E-Mail Services an. Dabei generieren sie zusammen mit verbundenen Diensten – wie beispielsweise Internetportalen oder Webhosting – ein Marktvolumen von rund 3,7 Milliarden Euro im Privatkundengeschäft. Mit der Studie liegt erstmalig eine umfassende Marktübersicht der diesbezüglichen Anbieter in Deutschland vor, die es ermöglicht, die Struktur des Markts zu erkennen und einzuschätzen.

Quelle: MediaNRW

Weitere Informationen:

<http://www.media.nrw.de/kurznachrichten/artikel.php?id=5377>

http://www.bundesnetzagentur.de/enid/Marktbeobachtung/Internet-/Onlinedienste_w4.html



27.11.2006

„Befreites Dokument“ gibt Anlass zu Frage: elektronische Gesundheitskarte mit Problemen

Der Chaos Computer Club (CCC) hat eine Kosten-Nutzen-Analyse der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) online gestellt, welche die Frage aufwirft, ob die Analyse der notwendigen IT für die elektronische Gesundheitskarte unterdimensioniert ist. Laut CCC-Erklärung zur Veröffentlichung der 290 Seiten starken Analyse der Beratungsgesellschaft Booz Allen Hamilton, genügen die angenommenen Eckdaten den Anforderungen an ein bundesweit ganztägig im Einsatz befindliches System überhaupt nicht. „Im Ernstfall droht ein Totalausfall des Systems zu kritischen Zeiten, wie zum Beispiel im Fall einer Grippeepidemie“, so das Fazit des CCC zur Veröffentlichung.

Quelle: Heise Online

Weitere Informationen:

<http://www.ccc.de/updates/2006/gesundheitskartenfuckup>

27.11.2006

Städte können auch die .info-Domain nutzen: BGH Urteil

Städte und Gemeinden, die bereits Inhaber der .de-Web-Adresse mit ihrem Namen sind, haben dennoch einen Anspruch auf die namensidentische Top-Level-Domain .info. Dies hat der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe entschieden. Schließlich gehe ein Internetbenutzer davon aus, dass es sich bei dieser Kennung um ein Angebot der jeweiligen Stadt handle.

Hintergrund der Entscheidung des BGH war ein langer Rechtsstreit um die Domain solingen.info, die der Geschäftsführer einer Firma reserviert hatte und als Regionalportal mit Informationen rund um die Stadt Solingen gestaltete. Trotzdem konnte der Betreiber eigene Namensrechte nicht vorweisen. Um aber eventuellen Verwirrungen vorzubeugen, hatte er einen Link mit dem Hinweis „Informationen der Stadt Solingen“ auf der Startseite angebracht. Die Stadtväter waren damit nicht einverstanden. Zu Recht, wie in letzter Instanz der Bundesgerichtshof entschied.

Quelle: Heise Online

Weitere Informationen: (Az. I ZR 201/03)

<http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=en&Datum=Aktuell&nr=38013&Frame=4&.pdf>

23.11.2006

Schleswig-Holstein übernimmt den „Government Site Builder“ für sein Landesportal

Die schleswig-holsteinische Landesregierung will lieber vorhandene Lösungen nutzen und beim Neuaufbau des Internetportals nicht das Rad immer wieder neu erfinden. Das Portal soll mit dem „Government Site Builder“ (GSB) erstellt werden, dem vom Bundesverwaltungsamt entwickelten Content Management System (CMS). Es wird bereits bei mehr als 50 Bundesbehörden in über 80 Projekten genutzt. Der Initiative der Abteilung Verwaltungsmodernisierung des Finanzministeriums sei es zu verdanken, dass Schleswig-Holstein das erste Bundesland ist, das den GSB für seinen Internetauftritt nutzen wird, so die Landesregierung in Kiel. Ein Vorteil ist, dass die Verwendung des vom Bund nach dem Baukasten-Prinzip entwickelten Redaktionssystems kostenfrei ist. Wie bisher müssen lediglich die Lizenzen für die Basissoftware bezahlt werden.

Quelle: Behörden Spiegel Online

Weitere Informationen:

<http://www.schleswig-holstein.de/>

(Kontakt: Dr. Heiko Scharffenberg, Tel.: +49 431 988-3906)

23.11.2006

Der Auftritt des Behindertenbeauftragten ist nun barrierefrei

Für Menschen, die blind sind, eine Sehbehinderung oder andere Einschränkungen haben, soll der Internetauftritt des Behindertenbeauftragten des Landes Niedersachsen noch besser zu nutzen sein, er wurde daher verbessert. Die jetzt barrierefreien Internetseiten enthalten zum Beispiel künftig gar keine Frames mehr, die z.B. Braillezeilen nicht darstellen können. In ihrer Strukturierung sind sie besonders für die Benutzung eines Screenreaders, eines Vorleseprogramms für blinde Menschen, geeignet. So sind alle Grafiken und Objekte inzwischen mit Alternativtexten unterlegt worden, so dass blinde Menschen wenigstens einen Eindruck erhalten, welchen Inhalt Bilder und Grafiken haben. Für sehbehinderte Menschen wurden zudem die Farbkontraste verbessert. Auch die Schriftgröße kann nun variabel eingestellt werden.

Quelle: Behörden Spiegel Online

Weitere Informationen:

<http://www.behindertenbeauftragter-niedersachsen.de/>

21.11.2006

DAK gründet eine IT-Holding

Zusammen mit den Bundesverbänden der Betriebskrankenkassen (BKK) und der Innungskrankenkassen ließ die DAK ankündigen, dass man im nächsten Jahr eine IT-Holding gründen werde, die als IT-Dienstleister alle IT-Arbeiten für die angeschlossenen 220 Kassen und ihre 26 Millionen Mitglieder übernehmen werden. Sollte dieses Vorhaben umgesetzt werden, würde die größte deutsche IT-Allianz im Versicherungswesen mit 1000 Mitarbeitern und sieben Rechenzentren entstehen. Versicherungsexperten gehen davon aus, dass der Zusammenschluss der IT nur der Anfang einer neuen Konzentrationswelle ist: Wer seine IT zusammenlegt, kann auch Geschäftsstellen zusammenlegen. Ausdrücklich erwähnt die Meldung der DAK zur IT-Holding die Einführung der Gesundheitskarte: Am Ende sorgt sie dafür, dass drei oder vier IT-Zentren die Daten der deutschen Versicherten verwalten.

Quelle: Heise Online

Weitere Informationen:

<http://www.presse.dak.de/ps.nsf/ShowByLevel/9C51CBA51709F3E6C12572270031540A?Opendocument>

16.11.2006

Bezahlen im Internet ist sicher. Stiftung Warentest vergleicht Online-Zahlungssysteme

Das Bezahlen beim Online-Einkauf per Kreditkarte oder Lastschriftverfahren wird langsam von zahlreichen Internet-Zahlungssystemen wie „PayPal“ oder „Click & Buy“ abgelöst. Ob diese auch sicher sind und wie sie funktionieren beschreibt die Stiftung Warentest in ihrem aktuellen Magazin „Finanztest“. So schätzt die Stiftung alle getesteten Online-Bezahlverfahren als sicher ein, wenn der Kunde den Sicherheitshinweisen folge. Die Betrugsrisiken trage demnach der Händler.

Quelle: MediaNRW

Weitere Informationen:

<http://www.media.nrw.de/kurznachrichten/artikel.php?id=5315>

<http://www.stiftung-warentest.de/unternehmen/presse/pressemitteilungen/1451378.html>



17.11.2006

Unternehmensauskünfte nur noch online. Elektronische Register kommen im Januar 2007

Anfang des Jahres wird das elektronische Handels- und Unternehmensregister eingeführt. Dies gab das Bundesjustizministerium (BMJ) bekannt. Damit die Verwaltung der Register beschleunigt wird, sollen Unterlagen in Zukunft nur noch elektronisch eingereicht werden können. Dies sei eine preiswerte und für jeden Interessenten aus dem In- und Ausland in gleicher Weise leicht zugängliche Form. Zudem sollen für die Veröffentlichung der Jahresabschlüsse künftig nicht mehr die Amtsgerichte, sondern der elektronische Bundesanzeiger zuständig sein.

Quelle: MediaNRW

Weitere Informationen:

<http://www.media.nrw.de/kurznachrichten/artikel.php?id=5321>

<http://www.unternehmensregister.de/>

15.11.2006

Generationen-Marktplatz

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bietet ein Online-Portal für ältere Menschen an. Es richtet zwar in erster Linie an die ältere Generation, dennoch soll es auch ein Marktplatz für alle Generationen sein. Sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Unternehmen finden dort Informationen über anwenderfreundliche und sichere Produkte, Dienstleistungen und Güter: Das Portal gliedert sich in Themen wie „Wohnen und Bauen“, „Heim und Handwerk“ oder „Technik und Mobilität“. Checklisten über einzelne Produkte – vom Kopfhörer über das Pflegebett bis zum Auto – sowie ein Qualitätslotse ergänzen das Angebot.

Quelle: Behörden Spiegel Online

Weitere Informationen:

www.wirtschaftskraft-alter.de

15.11.2006

NRW präsentiert sich europaweit. Online-Portal zur EU-Ratspräsidentschaft gestartet

Nordrhein-Westfalen begleitet die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und zwar online: Anfang des Jahres 2007 übernimmt Deutschland für ein halbes Jahr die Ratspräsidentschaft turnusgemäß von Finnland. Tatkräftige Unterstützung erhält die Bundesregierung dabei vom Land NRW, das mit einem eigenen Internetauftritt die Europäische Union vor allem jungen Menschen nahe bringen möchte. Dabei nutzt das Land für das neue Informationsportal moderne Online-Kommunikationsmittel wie Podcast oder Weblog.

Quelle: MediaNRW

Weitere Informationen:

<http://www.media.nrw.de/kurznachrichten/artikel.php?id=5309>

<http://www.nrw2007.eu/de/index.html>

15.11.2006

Erfolgreiche Geschäfte. Neues Internetportal berät ausländische Investoren

Ausländische Geschäftsleute erhalten jetzt eine praktische Orientierungshilfe für ihren Weg in den deutschen Markt: Das „German Business Portal“ bietet Informationen rund um Fragen, die bei einer Geschäftsentscheidung auftreten können: Von A wie „Arbeiterlaubnis“ bis Z wie „Zoll“. Das Portal will sich als zentrale deutsche Anlaufstelle für die internationale Wirtschaft etablieren.

Quelle: MediaNRW

Weitere Informationen:

<http://www.media.nrw.de/kurznachrichten/artikel.php?id=5311>

<http://www.german-business-portal.info/>

4. Neues aus der Europäischen Union und anderen Nationen

24.11.2006

E-Government-Strategie des Bundes in der Schweiz als zu vage kritisiert

Die Strategie des Bundes zum E-Government ist Parteien, Städten und Gemeinden zu unverbindlich. Sie verlangen, dass das Angebot an elektronisch verfügbaren Verwaltungsleistungen rascher ausgebaut wird. Ziel der E-Government-Strategie ist es, den Einsatz von modernen Informations- und Kommunikationstechniken in den Verwaltungen von Bund, Kantonen und Gemeinden zu verbessern. Möglichst viele Dienstleistungen werden elektronisch angeboten. Dies vereinfacht den Zugriff für die Bevölkerung und erleichtert Verwaltungen ihre Arbeit. Auch der Schweizerische Gemeindeverband und der Schweizerische Städteverband bedauern, dass die Zielsetzungen „auf einer sehr abstrakten Ebene“ formuliert seien. Grundsätzlich unterstützten sie aber die Vorhaben.

Quelle: Basler Zeitung

Weitere Informationen:

<http://www.baz.ch/news/index.cfm?keyID=17CD2E0A-DF54-4CBB-95FF9E386784539B&startpage=1&ObjectID=147CFBA1-1422-0CEF-70B689510F0558B7>

21.11.2006

Transparentes Europa. EU-Kommission öffnet sich den Bürgern im Netz

Ein neues Internet-Portal der Europäischen Kommission soll es Interessierten erleichtern, sich in der Angebotsfülle der EU-Webseiten zurechtzufinden. Das Portal mit dem Titel „Die Europäische Kommission, ein öffentlicher Dienst“ stellt Bedienstete der Kommission vor und zeigt Facetten ihrer Arbeit. Die Seite bildet den Auftakt zu einer Reihe von Webseiten, die den EU-Bürgern thematisch gebündelte Informationen bieten sollen. Die neue Internetseite vereint Informationen, die bisher auf vielen verschiedenen Kommissionswebseiten verstreut waren.

Quelle: MediaNRW

Weitere Informationen:

<http://www.media.nrw.de/kurznachrichten/artikel.php?id=5330>
http://ec.europa.eu/civil_service/index_de.htm

21.11.2006

Extended Access Control verhindert unberechtigten Zugriff auf Fingerabdrücke

Am 10. Dezember 2004 hat der Rat der Europäischen Union beschlossen, die Pässe der EU-Mitgliedstaaten mit maschinenlesbaren biometrischen Daten des Inhabers auszustatten. Da für EU-Bürger bei Reisen innerhalb der Europäischen Union ein Personalausweis genügt, entspricht es der konsequenten Umsetzung aktueller EU-Gesetzgebung, dieses Ausweisdokument mit der gleichen Funktionalität wie der des E-Passes auszustatten. Daneben soll dieses Ausweisdokument auch für E-Government-Anwendungen genutzt werden. Das so genannte European Citizen Card (ECC) Konzept stellt für moderne und sichere Ausweiskarten die entsprechenden Basisdienste zur Verfügung. Die ECC ist eine Bürgerkarte mit Chip, auf der neben den persönlichen Daten wie Name, Geburtsdatum, Größe und Augenfarbe ein elektronisches Foto und zwei Fingerabdrücke gespeichert werden können. Der unberechtigte Zugriff auf die sensiblen Daten der Fingerabdrücke wird mit der so genannten Extended Access Control (EAC) verhindert.

Quelle: Compliance-Magazin

Weitere Informationen:

http://www.itseccity.de/?url=/content/markt/hintergrund/061121_mar_hin_gieseckeunddevrient.html



5. Veranstaltungen

Flexibles Angebot auf Anfrage vor Ort

Neues Gratisangebot: Behörden-IT-Sicherheitstraining

Das neue Angebot des Städte- und Gemeindebundes NRW dient der Sensibilisierung der Behördenmitarbeiterschaft im Bereich der Sicherheit in der Informationstechnik. Schwerpunkt ist die Nutzung von PCs und des Internets.

Quelle: WebKolleg NRW

Das kostenlose Online-Angebot können Sie über folgenden Link nutzen:

http://www.webkolleg.de/AnbieterVerzeichnisse/Staedte-_und_Gemeindebund_NRW/Beh__rden-IT-Sicherheitstraining__BITS_.html

24.1.2007, Bochum

Workshop für Unternehmen:

„Herausforderungen im E-Government und Nutzung von Smartcards“

Die vollständige elektronische Abwicklung von Geschäftsprozessen (E-Government/E-Business) gewinnt zunehmend an Bedeutung, da sie eine automatisierte und somit kostengünstigere Bearbeitung erlaubt. Wollen Unternehmen und Verwaltungen jedoch digitale Dokumente austauschen, die rechtsverbindlich unterschrieben sind, so stoßen sie derzeit noch auf technische und organisatorische Hindernisse.

An diesem Punkt setzt der Workshop an, den das Informationsbüro d-NRW in Kooperation mit dem Fraunhofer FOKUS eGovernment-Labor durchführt. In der Veranstaltung werden zukünftige Herausforderungen im E-Government und die Nutzung von Smartcards zur rechtsverbindlichen Signatur digitaler Dokumente dargestellt. Die Teilnehmer haben die Möglichkeit, Smartcards zu testen und ausführlich konkrete Anwendungen selbst zu nutzen. Zu dem kostenlosen Workshop sind Vertreter mittelständischer Unternehmen eingeladen, die an einer weitergehenden, möglichst medienbruchfreien Automatisierung ihrer Geschäftsprozesse mit der Verwaltung interessiert sind. Angesprochen sind insbesondere Geschäftsführer bzw. Organisationsverantwortliche.

Weitere Veranstaltungstermine:

19.2.2007, Bielefeld / 6.3.2007, Köln / 25.4.2007, Duisburg / 9.5.2007, Münster

Weitere Informationen:

http://www.egovmentplattform.de/Workshop_Smartcards.141.0.html

31.1.2007, Koblenz

egov-day

Auf dem zweiten egov-day Ende Januar 2007 in Koblenz stehen Verwaltungsmodernisierung und Prozessreorganisation, Interoperabilität und der Einsatz mobiler Anwendungen im E-Government, sowie IT-Sicherheit und Datenschutz im Vordergrund. Der 2007 zum zweiten Mal stattfindende egov-day ist den aktuellen und künftigen Themen der Verwaltungsmodernisierung und des E-Government gewidmet. Es sollen verschiedene Konzepte und Lösungen aus der Praxis diskutiert werden. Eine Ausstellung einschlägiger Lösungen aus der IT- und Consulting-Branche begleitet die Veranstaltung. Der egov-day wird organisiert vom Network of Informatics Research in Governmental Business (egov-network), dem Institut für Wirtschafts- und Verwaltungsinformatik (IWWI) der Universität Koblenz-Landau, dem Verein IT.Stadt Koblenz sowie der Projektgruppe IT-gestützte Vorgangsbearbeitung des KoopA ADV.

Weitere Informationen:

<http://www.egov-network.org/>

6.–7.2.2007, Berlin

13. E-Government-Anwenderforum

Das Anwenderforum wird von der INFORA GmbH in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern und der Senatsverwaltung für Inneres Berlin veranstaltet und bildet eine Plattform zum Erfahrungs- und Ideenaustausch, der Anwender und Anbieter zu aktuellen E-Government-Themen zusammenbringt. Der Titel der Veranstaltung 2007 lautet „Effizientes E-Government durch effiziente Prozesse“.

Weitere Informationen:

www.anwenderforum2007.de

13.–15.2.2007, Karlsruhe

Kongressmesse Learntec

Die Learntec, Internationaler Kongress und Fachmesse für Bildungs- und Informationstechnologie, bringt Entscheider und Praktiker aus Politik, Wirtschaft und Hochschule zusammen. Das Kongressprogramm zeigt strategische Leitlinien in Wirtschaft sowie Hochschulen auf und bringt mit Fallstudien konkrete Anregungen für die Optimierung von Geschäftsprozessen durch E-Learning und Wissensmanagement. Auf der Fachmesse können sich die Anwender über Trends und Entwicklungen des E-Learning-Marktes sowie über individuelle Umsetzungsmöglichkeiten informieren. Weitere Informationen: www.learntec.de

27.–28.2.2007, Hannover

KOMCOM Nord 2007

Auf der Messe präsentieren über 200 Aussteller neue Produkte, innovative Lösungen und Finanzierungskonzepte, die speziell für die öffentliche Verwaltung entwickelt wurden. In rund 100 Workshops finden die Besucher außerdem ein Maximum an fachlicher Information. Themenschwerpunkte sind: Neues Kommunales Finanzmanagement, Public Private Partnership, Dokumentenmanagement, Geografische Informationssysteme, Content-Management, eVergabe, Facility Management, Bildungs- und Schulwesen, Personalwesen, Linux und IT-Security. Weitere Informationen: www.komcom.de

15.–21.3.2007, Hannover

Informationsbüro d-NRW auf der CeBIT 2007

Sie sind herzlich eingeladen, das Informationsbüro d-NRW während der CeBIT 2007 vom 15.–21. März 2007 in Hannover zu besuchen. Sie finden uns im Public Sector Parc (Halle 9) auf dem Gemeinschaftsstand des Landes NRW (Standfläche D25)! Wir freuen uns auf Ihren Besuch – gerne vereinbaren wir mit Ihnen einen Termin für ein persönliches Gespräch. Rufen Sie uns einfach unter an: +49 234 43870-325. Ihre Ansprechpartnerin ist Melanie Böhm. Weitere Informationen zum Gemeinschaftsstand des Landes NRW finden Sie in Kürze unter www.cebit.nrw.de.

6. Veröffentlichungen

Mobile Endgeräte und mobile Applikationen: Sicherheitsgefährdungen und Schutzmaßnahmen

(Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik)

Mobile persönliche Endgeräte, wie Mobiltelefone oder PDAs, erfreuen sich großer Beliebtheit. Trotz der bereits implementierten Sicherheitsmechanismen der Geräte und Dienste existieren viele Schwachstellen und potentielle Bedrohungen, die beim Einsatz mobiler Endgeräte gezielt beachtet und wirksam abgewehrt werden müssen. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik richtet sich mit seiner Broschüre an alle Nutzer mobiler Endgeräte sowie an die für die IT-Sicherheit Verantwortlichen. Dazu werden neben den Techniken auch die möglichen Bedrohungen verständlich aufgezeigt.

Quelle: BSI

Zu beziehen über: www.bsi.de/literat/doc/mobile/mobile_endgeraete.pdf

Organisatorische Gestaltungspotenziale durch Electronic Government.

Auf dem Weg zur vernetzten Verwaltung

(Martin Brüggemeier et al.) (Reihe: E-Government und die Erneuerung des öffentlichen Sektors, Bd. 8)

Das Buch ist das Ergebnis des gleichnamigen Forschungsprojektes, das von 2003 bis 2005 durch die Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde. Es handelt sich um eine der umfassendsten Aufarbeitungen von E-Government aus Modernisierungsperspektive. Zunächst werden die Eigenschaften der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung beschrieben sowie die bisherigen Reformaktivitäten herausgearbeitet. In einem weiteren Kapitel ist eine ausführliche Beschreibung und Analyse von Fallbeispielen aus unterschiedlichen Verwaltungsbereichen zu finden. Ein weiteres Kapitel widmet sich der größten Herausforderung von E-Government, der Umsetzung.

Quelle: Kommune 21 (Heft 12/2006) Zu beziehen über:

<http://www.edition-sigma.de/index.htm/?Detailshow.php?ISBN=3-89404-838-7>



7. Ausblick Newsletter 2/2007

In der nächsten Ausgabe wird sich der Gastbeitrag von Dipl.-Inform. Jürgen Sembritzki mit dem Thema „E-Health wird Motor für die Modernisierung des Gesundheitswesens“ beschäftigen.

→ Ihr Feedback ist uns wichtig

Haben Sie Anregungen, Ideen, Themenwünsche oder Kritik zu unserem Newsletter, dann lassen Sie es uns auf jeden Fall wissen.

Gerne nehmen wir Ihr Feedback entgegen und versuchen es, bei der nächsten Veröffentlichung zu berücksichtigen.

Schreiben Sie einfach an folgende E-Mail-Adresse: infobuero@d-nrw.de

Hinweise, Impressum, Kontakt:

Dies ist der kostenlose Newsletter des Informationsbüro d-NRW.

Zum An- und Abmelden benutzen Sie bitte die entsprechenden Formulare unter:

<http://www.egovernmentplattform.de/Newsletter.33.0.html>

Impressum:

<http://www.egovernmentplattform.de/Impressum.31.0.html>

Kontakt:

Informationsbüro d-NRW

Ruhrdigital Besitz-GmbH & Co. KG

Lise-Meitner-Allee 4

44801 Bochum

Fon: +49 234 43870-329

Fax: +49 234 43870-335

E-Mail: infobuero@d-nrw.de

Internet: www.egovernmentplattform.de

Die in dieser E-Mail enthaltenen Informationen geben lediglich den Kenntnisstand vom Informationsbüro d-NRW zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Newsletters wieder.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Informationen aufgrund der Erscheinungsperiode nicht mehr aktuell sein können.

Förderung und Unterstützung durch:

Europäische Union, Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, Land NRW

In Kooperation mit: European Society for eGovernment e.V.



Europäische Union und
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung



European Society for
eGovernment e.V.

Gestaltung: www.graphische-formgebung.de